

HerausgeberInnen:

Waltraud Kannonier-Finster, Horst Schreiber,
Meinrad Ziegler

Die Buchreihe *transblick* veröffentlicht
Arbeiten, die der sozialwissenschaftlichen
Aufklärung verpflichtet sind.

Ein Blick richtet sich auf Phänomene und
Verhältnisse, die wenig beachtet oder im
Dunkeln gehalten werden.

Ein anderer Blick bietet Beschreibungen
und Analysen, die eine unkonventionelle
Sichtweise auf das soziale Leben eröffnen.

transblick thematisiert gesellschaftliche
Widerspruchserfahrungen und Dominanz-
verhältnisse und fragt, was wir als vernünftig,
gerecht und der menschlichen Würde
angemessen erachten.

transblick will Denkprozesse fördern und auf
Handlungsperspektiven verweisen. Die Bücher
sollen in Inhalt und Form aufregen und einem
Transfer sozialwissenschaftlicher Sichtweisen
in interessierte Öffentlichkeiten dienen.

transblick benutzt eine Sprache, die auch jenen
Personen und Gruppen das Mitdenken und
Mitreden ermöglicht, die außerhalb des
akademischen Diskurses leben und handeln.

transblick soll Frauen und Männer ansprechen,
die sowohl dem „Darüberhinaus“-Schauen als
auch dem „Hindurch“- oder „Quer-durch“-
Denken etwas abgewinnen können.

www.transblick.com

Akteneinsicht

MARIE
JAHODA
in Haft

Herausgegeben von Johann Bacher,
Waltraud Kannonier-Finster und Meinrad Ziegler

<i>Friedrich Forsthuber</i>	
Vorwort	9
<i>Johann Bacher, Waltraud Kannonier-Finster und Meinrad Ziegler</i>	
Einleitung	15
<i>Horst Schreiber und Meinrad Ziegler</i>	
„Den Tatbestand leugnen, nicht aber die Gesinnung“	29
<i>Andreas Kranebitter</i>	
Anhaltende Kämpfe. Polizei und Justiz im Kampf gegen die linke Opposition 1934–1938	91
<i>Christian Fleck</i>	
Politisch engagiert, am Beispiel Marie Jahoda	167
<i>Lotte Bailyn</i>	
Epilog: Erinnerungen an Wien	235
Kurzbiographie Marie Jahoda	243
Danksagung	247
Bildnachweise	249
Autorin und Autoren, Herausgeberin und Herausgeber	251

Johann Bacher
Waltraud Kannonier-Finster
Meinrad Ziegler

Einleitung

Das vorliegende Buch erscheint als vierter Band einer 2017 begonnenen Marie Jahoda-Edition. Das Anliegen dieser Reihe ist es, Jahodas Lebensgeschichte und ihre Arbeit – über die international bekannte Studie *Die Arbeitslosen von Marienthal* hinaus – in der Form von wissenschaftshistorisch und biografisch kontextualisierten Publikationen bekannt zu machen und in Erinnerung zu rufen.

Im ersten Band haben wir Jahodas bis dahin noch nicht publizierte Dissertation an der Universität Wien aus dem Jahr 1932 vorgestellt.¹ Die Arbeit ist theoretisch in das Forschungsprogramm einer Psychologie des menschlichen Lebenslaufs eingebunden, das Charlotte Bühler Ende der 1920er Jahre am Psychologischen Institut der Universität Wien eingeführt hatte. Jahodas Beitrag dazu war methodologisch innovativ. Sie folgte nicht dem damaligen Trend, der sich bei der empirischen Untersuchung von Lebensverläufen vor allem auf Angehörige bürgerlicher Schichten konzentrierte. Ihre Dissertation beruht auf lebensgeschichtlichen Interviews mit 52 Frauen und Männern, die aus einfachen Verhältnissen kamen. Die Befragten hatten im Kleingewerbe, als Tagelöhner, als Bedienstete in den Haushalten der Ober- und Mittelschichten oder in selbstständigen Handwerksberufen gearbeitet und lebten im Alter, weil sie mittellos waren, in einem der Wiener Versorgungshäuser. Jahodas Anliegen, gerade die Angehörigen der arbeitenden Klassen zum Gegenstand ihrer wissenschaftlichen Arbeit zu machen, artikuliert seine kritische Bedeutung auch auf einer demokratiepolitischen Dimension: Ihre Arbeit gab diesen Frauen und Männern eine Stimme und machte sie und ihre Lebensverhältnisse als relevanten Teil der Gesellschaft sichtbar. Ähnliches kann über die Marienthal-Studie gesagt werden, an der Jahoda unmittelbar danach wesentlich mitgearbeitet hat.

1 Jahoda, 2017.

konkreten gesellschaftlichen Problemen, bezeichnete Jahoda als lebensnahe Forschung. Unschwer ist zu erkennen, dass bei der Wahl ihrer Themen ein bemerkenswerter Sinn für die gesellschaftspolitischen Kernfragen moderner Gesellschaften zum Ausdruck kommt. Ihre Untersuchungen könnten als nachhaltig bezeichnet werden. Sie beziehen sich auf soziale Probleme des Zusammenlebens, die auch heute noch Gegenstand von Konflikten und Debatten sind. Bei der Veröffentlichung ihrer Forschungsergebnisse war es ein Anliegen Jahodas, einen Modus zu finden, der den Beteiligten und Betroffenen dienlich war und zur Lösung des untersuchten Problems beitrug. Zugleich kann sie als streitbare Wissenschaftlerin bezeichnet werden, die sich bei wissenschaftsinternen Kontroversen durchaus zu behaupten wusste und auch oftmals öffentlich Stellung bezog.

Im vorliegenden vierten Band der Edition begegnet uns Marie Jahoda nicht als Sozialforscherin, sondern als politische Aktivistin. Sie war schon als Studentin und junge Sozialforscherin Teil der sozialdemokratischen Bewegung und an der Bildungs- und Reformarbeit des *Roten Wien* beteiligt. In einem Interview mit Mathias Greffrath im Jahr 1979 erzählt sie über die Zukunftshoffnungen, die sie damals bewegt haben:

„Wir sind aufgewachsen in dieser kritischen guten österreichischen sozialdemokratischen Periode, in der Überzeugung, daß wir einen demokratischen, nicht gewalttätigen Umbruch der Gesellschaft herbeibringen würden. Ich erinnere mich, daß ich in dieser Zeit jeden Menschen, der zwanzig, dreißig Jahre älter war als ich, bedauert hab, weil er das nicht mehr erleben würde. (...) Wir waren alle, alle im Prinzip Pazifisten. ‚Nie, nie woll’n wir Waffen tragen‘ hieß das Lied, das wir sangen. Prinzipiell waren wir überzeugt davon, daß Gewalttätigkeit schlecht ist. Und wir waren überzeugt davon, daß wir einmal die Mehrheit erreichen würden. Das war alles, was notwendig war.“⁵

Im Rückblick sieht sie die Einseitigkeit der damaligen Vorstellungen.⁶ Sie hätten immer nur die Aufbauleistungen in Wien vor Augen gehabt und die gegenläufigen, konservativen Kräfte in den anderen Bundesländern der Republik unterschätzt. Vielleicht sei aber gerade diese Ausblendung des Umfeld-

⁵ Jahoda, 1979, S. 113.

⁶ Vgl. dazu vor allem die biografischen Interviews Jahoda 1979, 1985 und 1997.

des ein Grund für die Stärke gewesen, mit der die sozialen Veränderungen in Wien realisiert wurden.

Eine erste Desillusionierung der Hoffnungen auf eine sozialdemokratische Zukunft bringen die empirischen Ergebnisse der Marienthal-Studie. In vielen Details und mit deprimierender Lebendigkeit wird dort beschrieben, wie die Arbeitslosigkeit soziale Gemeinschaften zerstört, die alltägliche wie politische Handlungsfähigkeit beschränkt und mit einer Erosion der Arbeitermentalität einhergeht.⁷ Arbeitslosigkeit fördert also nicht das politische Bewusstsein und die revolutionäre Energie der Arbeiterklasse, wie das viele Kommunisten und Sozialdemokraten im Vertrauen auf die Marxsche Verelendungstheorie glauben.

Das Aufkommen des Faschismus in Europa bedeutet einen weiteren Rückschlag für die Perspektive einer sozialistischen Umgestaltung nach dem Muster des Roten Wien. Das Buch über Marienthal erscheint erstmals im Jahr 1933. Das ist das Jahr der Machtergreifung Adolf Hitlers in Deutschland und das Jahr der Errichtung einer autoritären Diktatur durch den Christlichsozialen Engelbert Dollfuß in Österreich. Gemeinsam mit Benito Mussolini, der in Italien schon 1922 an die Macht kam, versuchen diese drei europäischen Politiker mit den von ihnen begründeten Ideologien und Systemen die parlamentarischen Demokratien abzulösen, die nach dem Ersten Weltkrieg entstanden sind.⁸ Marie Jahoda schließt sich 1934 dem sozialdemokratischen Widerstand gegen die faschistische Entwicklung an, wird deshalb 1936 verhaftet und 1937 gezwungen, Österreich zu verlassen. Unter dem Eindruck der historischen Erfahrungen des Faschismus und des Krieges sieht sie sich mit ihrer Position zur Frage der Gewaltlosigkeit vor ein persönliches Dilemma gestellt.⁹ Im Zusammenhang mit den Diskussionen innerhalb der sozialdemokratischen Exilorganisationen darüber, was nach dem Krieg in Österreich kommen soll, wächst ihre Skepsis im Hinblick auf die historischen Chancen des Sozialismus. Sie habe sich in diese ideologischen Debatten nicht mehr eingelassen.¹⁰ An einem Briefwechsel aus den 1940er Jahren zwischen Jahoda, die sich in London befindet, und Joseph Buttlinger, dem ehemaligen Obmann der *Revolutionären Sozialisten*, der nach seiner Flucht aus Österreich über Zwischenetappen in New York ange-

7 Vgl. Fleck, 2020; Clavey, 2019; Adler, 1933.

8 Vgl. Wenninger und Dreidemy, 2013.

9 Vgl. Jahoda, 1985, S. 22.

10 Ebd., S. 26.

kommen ist, lässt sich erahnen, wie Jahoda grundlegende Überzeugungen ihres politischen Weltbildes reflektiert und reinterpretiert. Anknüpfend an ihre aktuelle Lektüre des 1939 erschienenen Buches *The 20 Years' Crisis, 1919–1939. An Introduction to the Study of International Relations* von Edward H. Carr schreibt sie:

„Der europäische Sozialismus hat sich über die Gleichheits-Freiheits-Brüderlichkeitsideale der französischen Revolution noch nicht erhoben. Und damit geht es nicht, wie wir wissen. Am besten von den dreien gefällt mir noch die Brüderlichkeit. Aber die Gleichheit ist ein biologischer, psychologischer und ökonomischer Unsinn; und die Freiheit ein grosses Problem. (...) Frei – von was? Natürlich frei von Gestapo und GPU, aber das ist auch England. Wie aber wird man frei vom Zwang der Umstände, z.B. von dem Zwang der Fabriksarbeit? (...) Vollkommene Freiheit ist natürlich ein Unsinn; man müsste schon einmal genauer definieren, wovon wir frei sein wollen. (...) Ich stell mir vor, dass die Sicherheit mehr als die ökonomische Gleichheit, und die Veränderung der Arbeitsbedingungen mehr als die vollkommene Freiheit bedeuten müssen, zumindest für Mitteleuropa. Ob allerdings die zwei Begriffe stark genug sind, um die politische Apathie in Mitteleuropa zu durchbrechen, weiss ich nicht. Nur über eines bin ich mir ganz klar: der Testfall jeder neuen Gesellschaftsordnung liegt nicht in ihren Worten und Programmen, sondern in der Frage, ob sich der durchschnittliche Fabriksarbeiter in so einer neuen Ordnung wohler fühlen wird, ob er mehr Möglichkeiten und eine grössere Intensität des Lebens haben wird, als in den sogenannten demokratischen Ländern heute.“¹¹

Einige Monate später erzählt Jahoda von dem Problem, das sie aktuell am meisten beschäftigt: die Funktion der Arbeiterklasse und das Konzept der klassenlosen Gesellschaft. Letzteres hält sie für eine Unmöglichkeit. Den Glauben an die Arbeiterklasse als eine treibende Kraft auf dem Weg in eine neue Gesellschaft habe sie verloren. Es treffe zu, dass diese Klasse in dem aktuellen Chaos am meisten leiden würde, aber für den Prozess des Wiederaufbaus sähe sie keine führende Stellung für sie.¹²

¹¹ Brief Marie Jahoda an Joseph Buttinger vom 9.4.1940, in: Müller, 2002, 102 f.

¹² Brief Marie Jahoda an Joseph Buttinger vom 1.7.1940, ebd., 106.

Es lässt sich nicht im Detail rekonstruieren, welche Entwicklung Jahoda die Haltung als politische Aktivistin nach dem Ende des Krieges genommen hat. Dokumentiert ist das Ergebnis dieses Prozesses. 1985 fasst sie es rückblickend und resümierend in einem Interview mit Robert Knight zusammen:

„In der Gesamtheit – durch die Zeit der Illegalität und durch mein Leben im Krieg in diesem Land [England] – habe ich mich überzeugt davon, daß meine Art Sozialismus eine Illusion war, die im 20. Jahrhundert nicht auf Verwirklichung hoffen kann. Während ich in meinen Werten und Hoffnungen noch immer Sozialistin bin, glaube ich nicht, daß der demokratische Weg zu dem führen kann; und auf den gewaltsamen Weg kann ich mich nicht einlassen. In dem Dilemma von Erkenntnis meiner Illusion und dem Wissen, daß die Gesellschaft verändert werden muß, aber keinen Weg dazu sehen, bin ich eigentlich nach dem Krieg aus dem aktiven politischen Leben ausgeschieden.“¹³

Auf die Frage des Interviewers, ob diese politische Desillusionierung an die historische Zeit und die damalige Stärke faschistischer Bewegungen gebunden sei oder eher grundsätzlicher Natur sei, antwortet Marie Jahoda: Es sei das Eingeständnis gewesen, dass sie den Weg zu dem, was sie sich unter einer guten Gesellschaft vorstellen könne, nicht mehr gesehen habe: „Ich weiß nicht mehr, wie man im Großen die Gesellschaft verändert.“ Und wie zum Trost für Angehörige einer jüngeren Generation ergänzt sie: „Das hängt auch mit meinem Alter zusammen.“¹⁴

Die im Titel des Bandes angekündigte Akteneinsicht geht über die „Strafsache gegen Marie Jahoda-Lazarsfeld“ hinaus. Diese stellt den Kern der Geschehnisse dar, über die berichtet wird. Der Kern kann nur verstanden werden, wenn auch die Kontexte vermittelt werden, in die er eingebettet ist. In diesem Sinn haben wir die folgenden Texte angeordnet. Horst Schreiber und Meinrad Ziegler rekonstruieren die neun Monate Anhalte- und Untersuchungshaft von Marie Jahoda, den Prozess vor dem Wiener Landesgericht im Juli 1937 und schließlich die Umstände ihrer Freilassung, die gleichzeitig mit der Ausbürgerung aus Österreich verbun-

¹³ Jahoda, 1985, 27.

¹⁴ Ebd., 28.

den war. In den vielen Vernehmungen zu den Anschuldigungen gestand Jahoda jene Handlungen, die ihr nachgewiesen werden konnten, weigerte sich jedoch beharrlich, die Namen der Personen zu nennen, mit denen sie bei den *Revolutionären Sozialisten*, der illegalen Organisation der Sozialdemokratie, gearbeitet hatte. Der Beitrag zeigt das Wechselspiel der institutionellen Gewalt von Polizei und Justiz auf der einen Seite und die Widerständigkeit der Inhaftierten auf der anderen Seite in vielen Details. Als Quellen werden vor allem der historische Akt „Strafsache Dr. Marie Jahoda-Lazarsfeld“ sowie autobiografische Dokumente, in denen Jahoda die Haftzeit erinnert, genutzt.

In dem Beitrag von Andreas Kranebitter geht es um die größeren Zusammenhänge, in denen sich die staatliche Repression des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes entfaltete. Im Zusammenhang mit dem Fall Jahoda sind hier insbesondere die Implementierung des Anhaltegesetzes vom September 1934 sowie des Staatsschutzgesetzes vom Juli 1936 von Bedeutung. Kranebitter erweitert die fallspezifische Perspektive und greift auch auf Akten zu den vielen kleineren Prozessen gegen Angehörige der politischen Linken zurück, die nicht in der ersten Reihe standen und denen wenig öffentliche Aufmerksamkeit entgegengebracht wurde. Damit ergeben sich Möglichkeiten des Vergleiches und allgemeinere Einsichten sowohl zu den Maßnahmen von Polizei und Justiz als auch zu den Strategien des Widerstandes. Sein Beitrag schließt mit einem kritischen Hinweis auf die Praxis der Entschädigung und Rehabilitation politisch Verfolgter in den 1950er und 1960er Jahren.

Im dritten Beitrag untersucht Christian Fleck systematisch, wie sich Jahodas politisches Engagement in den Jahren des Roten Wien herausbildete und wie sie in die Organisation des politischen Widerstands involviert war. Ausführlich dokumentiert und diskutiert er die ideologischen Positionen, Debatten und Konflikte innerhalb der illegalen Gruppierungen, denen sich Jahoda im Exil verbunden fühlte. Im Frühjahr 1945 ging Jahoda in die USA, um ihre Tochter zu sehen, die seit 1937 mit ihrem Vater Paul Lazarsfeld in New York lebte. Wo und wie sie sich ein neues Leben nach dem Krieg aufbauen sollte, war zu diesem Zeitpunkt noch in der Schwebe. Fleck erläutert die Umstände, die schließlich zu der Entscheidung führten, nicht nach Österreich zurückzukehren, und skizziert, wie sich Marie Jahoda in New York und ab 1958 in England beruflich als Sozialpsychologin etablieren konnte.

Lotte Bailyn, die 1930 in Wien geborene Tochter von Marie Jahoda und Paul Lazarsfeld, lebt heute in den USA, Massachusetts. Die Verhaftung Jahodas im November 1936 trennte Lotte von einem Tag auf den anderen von ihrer Mutter. Als diese im Sommer 1937 ausgebürgert wurde und sich in London eine neue Lebensbasis aufzubauen versuchte, schien es den Eltern am sichersten, wenn die Tochter mit dem Vater nach New York ging. Mit den Erinnerungen von Lotte Bailyn an ihre Wiener Kindheit schließt dieser Band.

„Den Tatbestand leugnen, nicht aber die Gesinnung“

Strafsache gegen Dr. Marie Jahoda-Lazarsfeld.
Die Akten sprechen, die Beschuldigte erinnert

Am Freitag, den 27. November 1936, um 9 Uhr 30 stürmte die Polizei die Räumlichkeiten der *Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeiter der Österreichischen Wirtschaftspsychologischen Forschungsstelle* im ersten Bezirk, Wächtergasse 1, verhaftete Marie Jahoda und weitere Angestellte der Forschungsstelle und führte eine gründliche Durchsuchung durch. Sie hatte vertrauliche Hinweise erhalten, dass in den Räumen der Forschungsstelle „ein getarnter Nachrichten- und Informationsdienst für die illegale revolutionär-sozialistische Organisation entfaltet werde“. Die Hinweise besagten auch, „dass die wissenschaftliche Leiterin (...) namens Dr. Maria Jahoda-Lazarsfeld nicht nur dem Zentralkomitee der Revolutionären Sozialisten, sondern auch dem Exekutivkomitee dieser Partei angehöre“.¹

Im Folgenden werden die Geschehnisse von der Verhaftung im November 1936 bis zum Prozess am Landesgericht Wien im Juli 1937 rekonstruiert. Die Darstellung stützt sich vor allem auf zwei Quellen: Der Gerichtsakt „Strafsache Marie Jahoda-Lazarsfeld“ protokolliert auf rund 450 Seiten die Vernehmungen bei Polizei und Gericht sowie den Prozess am Landesgericht Wien. Andererseits stehen Dokumente mit Erinnerungen von Marie Jahoda an die Monate der Haft zur Verfügung: ein autobiografischer Text, eine Reihe von Interviews aus den 1980er und 1990er Jahren, in denen sie von ihren Erfahrungen mit Polizei und Gericht erzählt, sowie Texte von Dritten, die auf diese Periode von Jahodas Lebensgeschichte eingehen. Die beiden Quellen repräsentieren unterschiedliche Sichtweisen, jene der Verfolgungsbehörden und jene der Verfolgten. Weder die eine noch die andere Quelle gibt wieder, was sich tatsächlich ereignet hat. Polizei- und Gerichtsprotokolle sind

¹ WStLA, LGS, A11, Vr 10981/36, Bericht der Bundespolizeidirektion (BPDion) Wien I an die Staatsanwaltschaft Wien, 29.12.1936. Der Akt führt Marie Jahoda nahezu durchgehend als „Maria“ Jahoda. Ebenso wird die Mitangeklagte Marie Schneider weitgehend als „Maria“ Schneider bezeichnet.

selektiv, voller Vorurteile und Annahmen gegenüber den Verdächtigen. Diese wiederum erzählen den Amtspersonen Geschichten, die ihre Handlungen rechtfertigen und in Zusammenhängen plausibel erscheinen lassen sollen, die nichts mit den erhobenen Anschuldigungen zu tun haben. Auch Erinnerungsdokumente beruhen auf persönlichen Annahmen über biografische Erfahrungen mit all ihren Lücken und Brechungen, Irrtümern und Vergesslichkeiten.

Jede der hier verwendeten Quellen verfügt über eine besondere, für sie typische Sprache und Erzählweise. Diese soll in der Darstellung der „Strafsache“ Jahoda nicht verloren gehen. Der Text bemüht sich, diese Eigenschaften für die Lesenden erfahrbar zu machen. In die Rekonstruktion fließt neben den beiden Perspektiven der Quellen auch eine dritte Perspektive ein, jene der Autoren, die Quellen und Ereignisse im Rahmen von zeitgeschichtlichem wie soziologischem Fachwissen reinterpreten.

Was ging der Polizeiaktion vom 27. November voraus?

Im März 1933 hatte der christlichsoziale Bundeskanzler Engelbert Dollfuß den Rücktritt der Präsidenten des Parlaments genutzt, um das Parlament für handlungsunfähig zu erklären. Er sprach von einer „Selbstausschaltung“ des Nationalrats und begann auf Basis des *Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes* von 1917 mit einer Reihe von Notverordnungen zu regieren. Schritt für Schritt wurden demokratische Institutionen ersetzt, blockiert und verboten. Am Anfang dieses Prozesses standen Einschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts und eine Vorzensur der Presse, es folgten das Verbot der kommunistischen und der nationalsozialistischen Partei, eine Senkung von Löhnen und Sozialleistungen, eine Blockierung des Verfassungsgerichtshofes, das Verbot des Mai-Aufmarsches und Maßnahmen zur Etablierung eines Polizeistaates.² Mit der Niederschlagung des Aufstands des sozialdemokratischen Schutzbundes am 12. Februar 1934 und dem Verbot der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* konstituierte sich die neue soziale Ordnung als autoritäre Diktatur.

Die Härte, mit der das Regime gegen den Aufstand vom 12. Februar vorgeht, traf Marie Jahoda schwer. In Wien hatten die Kämpfe nicht nur eine militärische Dimension, sondern auch eine symbolische Bedeutung. Der Beschuss von Wohnhäusern in den Arbeiterbezirken richtete sich nicht nur ge-

² Vgl. Wenninger und Dreidemy, 2013; Tálós, 2013; Bauer, 2019; Buchmann, 2019.

gen die kämpfenden Angehörigen des sozialdemokratischen Schutzbundes, sondern auch gegen die Errungenschaften des *Roten Wien*.

„Die Tiefe des Eindrucks dessen, was da geschah, war so groß, man hatte so sehr das Gefühl des Endes einer wirklich sehr großen Bewegung. Man mußte irgendetwas tun, um zu zeigen, daß man protestiert. (...) Ich hab damals in der Forschungsstelle gearbeitet, und ich bin etwa eine Woche nach den Kämpfen dorthin zurückgegangen. Da hat mir eine Kollegin gesagt: ‚Mitzi, wenn du so ausschaust und dein Haar nicht wäscht und nicht eine frische Bluse nimmst, wirst du sofort verhaftet werden. Die Leute sehen es dir am Gesicht an, wo du stehst und wohin du gehörs.‘⁴ Das ist eine dumme, kleine Anekdote, aber ich hab in dieser Woche selber nicht gewußt, was ich tue. Man hat erlebt, ohne das Bewußtsein des Erlebens.“³

Jahoda war in dieser Zeit mit einem jungen Deutschen befreundet, der der Berliner Untergrund-Gruppe *Neu Beginnen* angehörte.⁴ *Neu Beginnen* verstand sich als eine Kaderorganisation, die im Kampf gegen den Faschismus in Europa die Spaltung der Arbeiterbewegung überwinden wollte. Ihre Aktivist:innen engagierten sich in den sozialdemokratisch und kommunistisch orientierten Parteien und Bewegungen, um für ein gemeinsames Vorgehen gegen die NSDAP zu werben. Eine der Stärken von *Neu Beginnen* war, sich frühzeitig auf die Notwendigkeiten illegaler politischer Arbeit einzustellen und dafür wirksame Methoden zu entwickeln. Der Freund Jahodas⁵ hielt sich aus politischen Gründen für ein Jahr in Wien auf und arbeitete bei Otto Neurath im *Österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum*. Auf sein Drängen hin schloss sich Jahoda der kleinen Gruppe *Funke* an, dem österreichischen Flügel von *Neu Beginnen*. In wöchentlichen Treffen vermittelten Aktivist:innen dort Methoden für das Arbeiten in der Illegalität, wie man etwa im Untergrund Zellen organisiert oder Decknamen benutzt.⁶ Nach dem Verbot der sozialdemokratischen Partei infolge der Kämpfe im Februar 1934 bildeten sich verschiedene Gruppierungen mit rivalisierenden Vorstellungen über die Ausrichtung der weiteren politischen Arbeit. In allen Gruppen waren

3 Jahoda, 1979, S. 126f.

4 Vgl. Jahoda, 1997, S. 50.

5 Mehrere Hinweise sprechen dafür, dass es sich bei dieser Person um Oskar Umrath handelte; vgl. Jahoda, 1985, S. 8; Jahoda, 1979, S. 126.

6 Vgl. Fleck, 2017, S. 290f.

Mitglieder von *Neu Beginnen* aktiv. Gegen Ende des Jahres entstanden die *Revolutionären Sozialisten* als Untergrundbewegung der Sozialdemokratie.

Marie Jahoda führte zwischen Februar 1934 und November 1936 ein Doppelleben. Nachdem sie ihre Stelle als Hilfslehrerin in Volksschulen der Gemeinde Wien verloren hatte, übernahm sie die Leitung der von Paul Lazarsfeld gegründeten *Wirtschaftspsychologischen Forschungsstelle* beziehungsweise von deren Nachfolgeverein. Das bekannteste Ergebnis der dort geleisteten Arbeit war die Studie *Die Arbeitslosen von Marienthal* aus dem Jahr 1933. Nach Abschluss dieser Untersuchung erhielt Lazarsfeld auf Empfehlung von Karl Bühler⁷ ein Stipendium der *Rockefeller Foundation* und ging nach New York.⁸

Ein zweites Leben Jahodas, neben der Arbeit in der Forschungsstelle, fand in der Illegalität statt. Drei Aufgaben waren es, die sie für die *Revolutionären Sozialisten* übernahm: Erstens war die Forschungsstelle wegen ihrer internationalen Kontakte als Postadresse für Briefsendungen – vor allem aus dem Ausland – gut geeignet. Um die politische Post von jener der Forschungsstelle trennen zu können, waren die illegalen Sendungen an „Julius Klanfer“ gerichtet, einen früheren Mitarbeiter, der sich zu dieser Zeit im Ausland befand.⁹ Zweitens war Jahoda Mitglied des Schulungskomitees und besuchte in dieser Funktion viele der aus fünf Mitgliedern bestehenden Zellen im Untergrund, um sie mit Informationen zu versorgen.¹⁰

Und drittens war sie eine der zentralen Kontaktpersonen für Joseph Buttinger, der 1935 die Leitung der *Revolutionären Sozialisten* übernommen hatte und deshalb gezwungen war, vollständig in der Illegalität zu leben.¹¹ In dieser Funktion organisierte sie Wohnungen für Besprechungen, nahm Verbindungen zu verschiedenen Leuten auf, arrangierte Treffen und schrieb Protokolle sowie Berichte der konspirativen Zusammenkünfte.

Zu beiden Existenzen der jungen Frau, die bei ihrer Verhaftung noch keine 30 Jahre alt war, kam noch ein Leben als alleinerziehende Mutter. Jahoda hatte aus der Ehe mit Paul Lazarsfeld eine Tochter, lebte jedoch seit 1932 von ihm getrennt. Lotte, geboren im Jahr 1930, ging in einen Montessori Kindergarten, ab 1936 besuchte sie die Volksschule. Marie Jahoda holte die

7 Karl Bühler (1879–1963) wurde 1922 an die Universität Wien berufen, leitete dort das Psychologische Institut, an dem Jahoda promovierte, und unterstützte die Schulreformen des Roten Wien.

8 Vgl. Fleck, 2015, S. 333ff.

9 Vgl. WStLA, LGS, A11, Vr 10981/36, Niederschrift bei der BPDion Wien, 11.12.1936.

10 Jahoda, 1997, S. 51.

11 Vgl. Fleck, 2017, S. 290f.; Jahoda, 1985, S. 16ff.; Buttinger, 1972.

Tochter in der Regel nach der Arbeit vom Kindergarten ab, brachte sie nach Hause und legte sie um sieben Uhr ins Bett. So sehr sie sich auch anstregte, es war unmöglich, allen Anforderungen als Wissenschaftlerin und Leiterin der Forschungsstelle, als illegale politische Aktivistin und als Mutter nachzukommen. Die Tage waren ausgefüllt und doch immer zu kurz. Die Folge waren Schuldgefühle. Sie regten sich, wenn sie fortging, um sich der Forschung und Untergrundarbeit zu widmen, obwohl das Kind nicht wollte, dass sie nochmals das Haus verließ. Ebenso kamen Schuldgefühle auf, wenn Arbeit und Politik zu kurz kamen, weil sie sich von der Tochter zum Bleiben überreden ließ.¹²

Aus den beschriebenen Gegebenheiten wird deutlich, Marie Jahoda war selbst kein Mitglied des Zentralkomitees der *Revolutionären Sozialisten*, hatte jedoch engen Kontakt zu dessen Mitgliedern und war mit den illegalen politischen Aktivitäten der Gruppe vertraut.

Durchsuchungen der Forschungsstelle und der Wohnung Marie Jahodas

Zurück zum 27. November 1936. Die Durchsuchung der Forschungsstelle erstreckte sich von 9 Uhr 30 bis 13 Uhr 45. In einem Polizeibericht ist vermerkt, dass Jahoda während der Amtshandlung sehr unruhig und nervös erschien. Sie sei in der Nähe von anderen Angestellten gestanden, die eine Mauer um sie gebildet hätten. Jahoda habe sich an ihren Unterkleidern zu schaffen gemacht und dabei seien Papiere zu Boden gefallen. Ihre Absicht sei es gewesen, illegale Schriften wie Ausgaben der *Arbeiter-Zeitung* und des *Informationsdienst der Revolutionären Sozialisten* im nahestehenden Ofen zu verbrennen.¹³ Bei der Durchsuchung wegen des Verdachts illegaler sozialistischer „Umtriebe“ waren noch die Psychologin Hedwig Weil und der Psychologe Theodor Neumann, der kommerzielle Leiter Heinrich Faludi, die Angestellten Elise (Elisabeth) Zerner, Susanna (Susanne) Faludi, Cäcilie (Cäcilia) Herma und die Volonteurin Frieda Goldmann anwesend. Sie alle wurden „genau perlustriert und dann der Bundespolizeidirektion überstellt“.¹⁴ Weitere Festnahmen betrafen die Stenotypistin Wilhelmine Lettner und den Physiker Friedrich Zerner, Bruder von Elise Zerner. Er war der Bundespo-

12 Vgl. Jahoda, 1997, S. 52.

13 Vgl. WStLA, LGS, A11, Vr 10981/36, Meldung der BPDion Wien I, Karl Bankl, 28.11.1936.

14 Ebd., Meldung der BPDion Wien I, Karl Bankl, Wilhelm Siegl, Hermann Scharf, Franz Tegel, 27.11.1936.

„Während der Gefängnismonate war mein Erleben ganz chaotisch, erst in der Erinnerung wird es zu einer kohärenten und als solcher auch höchst lehrreichen Episode, die die Selbsterkenntnis fördert und Ressourcen freisetzt, von denen man gar nicht weiß, daß man sie hat. Daß das eigene Leben nicht in der täglichen Auseinandersetzung, sondern erst in der Erinnerung eine kohärente Realität gewinnt, ist Prousts große Einsicht.“¹⁰³

Auch wenn, wie sie sagt, ihr Erleben chaotisch war, ihre Fähigkeit, die Beamten zu täuschen und den größten Teil der illegalen Tätigkeit im Verborgenen zu halten, war eindrucksvoll. Joseph Buttinger und weitere führende Funktionäre blieben dem Zugriff der Polizei entzogen. Umso drückender war eine Erfahrung, die Jahoda im Gefängnis als mangelndes Vertrauen in ihre moralische und politische Standfestigkeit erlebte. Eine der Wärterinnen war Sozialistin und stand mit der Untergrundbewegung in Kontakt. Einmal begleitete sie die Gefangene in den Keller, wo diese alle vierzehn Tage eine warme Dusche nehmen konnte. Bei dieser Gelegenheit flüsterte die Wärterin Jahoda zu, dass ihre Freunde ausrichten lassen, sie möge keine Namen verraten. Jahoda verlor für einen Moment den Boden unter den Füßen. „Meine Moral war abhängig von der Überzeugung, daß meine Freunde wußten, daß sie mir trauen können. Verdächtigten sie mich jetzt des Verrats?“¹⁰⁴ Angesichts der Anstrengung, ihren Widerstand in einer Situation der Ausgesetztheit von Repression und Willkür aufrechtzuerhalten, scheint sie der Verdacht, sie könnte jemanden verraten, verletzt zu haben.

Was braucht es, um in solchen Verhören konsequent leugnen und täuschen zu können? Geistesgegenwart? Große physische und geistige Widerstandskraft? Die Fähigkeit, hartnäckig auf einem erfundenen Argument zu beharren und nicht nachzugeben?¹⁰⁵ Was für Jahoda jedenfalls hilfreich gewesen sein dürfte, war ihre außerordentliche Vorstellungskraft. Eine solche hatte sie früh erworben. Schon als Mädchen entwickelte sie ein ausgeprägtes Gefühl des Andersseins, erlebte sich – wie sie es selbst beschreibt – als „ein Kind mit Geheimnissen“ und von der Idee durchdrungen, in einer ganz anderen Welt als die Erwachsenen zu le-

103 Jahoda, 1997, S. 61. Jahoda bezieht sich hier auf den siebenteiligen Roman *Auf der Suche nach der verlorenen Zeit* von Marcel Proust.

104 Ebd., S. 58.

105 Vgl. Koestler, 1951, S. 14.

ben.¹⁰⁶ Das frühe Gefühl habe sich bald in einen Wunsch transformiert und der Wunsch sei zur Gewohnheit geworden.

„Ich war alt genug, um zu wissen, daß ich mir die Dinge nur ausdachte. Aber ich empfand sie als so wirklich. Es war nur ein kleiner Schritt zu dem Gedanken, daß ich mir vielleicht die ganze Welt nur ausgedacht hatte, daß nichts wirklich und alles nur in meinem Kopf war. Wenn ich auf der Straße ging, machte ich schnell einen Schritt zurück, halb erwartend, gleich ins Leere zu treten, aber nie war ich schnell genug. Auch jetzt noch, fast achtzig Jahre später, gibt es Augenblicke, in denen der Unterschied zwischen Wirklichkeit und Phantasie verschwimmt. Tagtraumbilder tauchen auf von Begegnungen, Landschaften, Häusern, von denen ich nicht sagen kann, ob sie Erinnerungen sind, Erfindungen oder Visualisierungen von Dingen, die ich gelesen habe.“¹⁰⁷

Bei ihrer Strategie der Verteidigung gegenüber den verhörenden Beamten kamen Jahodas Fähigkeiten zum Einsatz, mit fließenden Übergängen zwischen Wirklichkeit und Fantasie zu denken. Mit ihrer Vorstellungskraft konstruierte sie Geschichten, die stets mit einem Bein in der Realität verankert und so glaubwürdig gebaut waren, dass sie hartnäckig auch immer wieder erzählt werden konnten.

Für eine der möglichen Antworten auf die Frage nach dem Woher ihrer Widerstandskraft finden wir auch Anregungen bei einem Begriff, den Jahoda selbst zwanzig Jahre nach ihrer Verhaftung in einem Aufsatz systematisch untersucht hat, den des Nonkonformismus.¹⁰⁸ Sie spricht dort davon, dass nonkonformes und widerständiges Verhalten dann wahrscheinlich wird, wenn eine Person die Sache, um die es geht, so ernst nimmt, dass sie mit ihrem Handeln auch bereit ist, soziale Beziehungen oder die berufliche Stellung zu riskieren. Ein solches Engagement gründet nicht nur auf dem Verstand. Es betrifft das ganze persönliche Ich und an ihm sind intensive emotionale Kräfte und Konflikte beteiligt. Abstrakter formuliert: Für unabhängiges Verhalten braucht es eine hohe emotionale und intellektuelle Investition in ein Anliegen. Für Marie Jahoda war die Sache, in die sie viel investiert hatte, das Projekt eines demokratischen Sozialismus. Die politischen Kämpfe der 1920er Jahre hatte sie in der Überzeugung durchlebt, dass sozialdemokratische Politik auch unter den Bedingungen des Kapitalismus zu Aufbauleistungen fähig war, die den konkreten Alltag von breiten Kreisen der Bevölkerung veränderten.

106 Vgl. Jahoda, 1997, S. 24f.

107 Ebd., S. 25.

108 Jahoda, 2019c.

Anhaltende Kämpfe.

Polizei und Justiz im Kampf gegen die linke Opposition 1934–1938.
Zum Kontext der Verfolgungs- und Verteidigungsstrategien Marie Jahodas

Das Vorgehen der Polizei und Justiz gegen Marie Jahoda war Teil einer umfassenden staatlichen Repression gegen politische Gegnerinnen und Gegner nach der Ausschaltung des österreichischen Parlaments im März 1933. Tausende Menschen wurden mit den verschiedensten rechtlichen Instrumenten durch Polizei und Justiz zu Geld- oder Freiheitsstrafen verurteilt. Im Folgenden soll es um diese verschiedenen Maßnahmen gehen und Jahodas Fall dadurch im Panorama der staatlichen Repression gegen die politische Linke kontextualisiert werden.¹ Der Artikel kann sich dabei auf die mittlerweile umfangreiche geschichtswissenschaftliche Literatur zu Justiz und Polizei im Austrofaschismus stützen, die seit einiger Zeit verstärkt auch den staatlichen Umgang mit linken Frauen zum Thema macht.²

Nach einer rechtshistorischen Rekonstruktion der Repressionsmittel soll der Fokus der Darstellung auf die Interaktionen zwischen den Verhafteten und den staatlichen Akteuren gelegt werden, also auf die mikrosoziologische Untersuchung von Situationen, wie sie sich in den überlieferten Dokumenten widerspiegeln. Damit folgt der Artikel dem soziologischen Paradigma des symbolischen Interaktionismus, der insbesondere in der Kriminalsoziologie verfolgt wurde, um „Kriminalität“ als staatlichen Etikettierungsprozess der Kriminalisierung zu untersuchen. Diese Perspektive rekonstruiert die Stra-

1 Da Polizei und Justiz, wie zu zeigen sein wird, selbst nicht trennscharf zwischen den zahlreichen sozialistischen und kommunistischen Gruppierungen der Zwischenkriegszeit unterschieden oder zu unterscheiden vermochten und die Implosion der Sozialdemokratie nach dem Februar 1934 ohnehin in einer Vielzahl an teil-autonomen Gruppierungen resultierte, scheint ein zusammenfassender Vergleich des Vorgehens gegen die politische Linke trotz tatsächlicher und vermeintlicher politischer Gegensätze gerechtfertigt. Die polizeiliche und gerichtliche Ahndung des NS-Terrors vor 1938 ist nicht Thema dieses Artikels. Vgl. dazu zuletzt Kastner, 2019.

2 Vgl. Lehmann, 2008; Nusko, 2012; Wenninger, 2016; Duma, 2020; Berking, 2020.

tegien und Handlungsoptionen aller beteiligten Akteure und vermeidet so, staatliches Handeln in begrifflichen Abstraktionen wie „Verfolgungsmaschinerie“ oder „Machtapparat“ auszublenden.³

Die Rekonstruktion der Interaktionen verschiedener Akteure fokussiert damit auf das Alltägliche und Selbstverständliche in den vorhandenen Akten, die den Blick des Staatsapparates auf seine Gegnerinnen und Gegner dokumentieren und damit keineswegs „neutral“ sind. In den Akten manifestieren sich die tatsächlichen Interaktionen nur als strategische Darstellungen verschiedener Akteure. Sie sind, wie man in der historischen Kriminalitätsforschung sagt, „von Macht und Herrschaft durchdrungen“ und immer auch „Trophäensammlung kriminalpolizeilicher Erfolge“.⁴ Selbst sogenannte Ego-Dokumente, seien es Verhörprotokolle, Zeugenaussagen oder Briefe, stehen immer auch unter dem „Imperativ des strategischen Anliegens, sich den Vertretern der Obrigkeit möglichst positiv darzustellen.“⁵ Sie sind bürokratisch verzerrte Manifestationen strategisch motivierter subjektiver Äußerungen der Beschuldigten. Das gilt umso mehr, wenn diese Aussagen von schulenden und geschulten Menschen wie Jahoda geäußert wurden, die vor den ermittelnden Behörden jedes Wort abwogen. Gerichts- und Polizeiakten müssen methodisch also erst dekonstruiert werden, bevor überhaupt Interaktionen sichtbar gemacht werden können. Bei der Interpretation geht es weniger um den „Wahrheitsgehalt“ der Anschuldigungen, als vielmehr um das Sichtbarmachen von Alltagserfahrungen, Handlungsbegründungen und Argumentationsmustern, um die *dargestellte* „Wahrheit“ einer bestimmten Zeit.⁶

Als Vergleichsbasis für die Ermittlungen und den Prozess gegen Jahoda sollen nicht die bekannteren größeren Prozesse,⁷ für die wie im Schutzbund-Prozess 1935 selbst der Gerichtssaal räumlich umgebaut werden musste,⁸ sondern die zahllosen kleinen Prozesse gegen politische Gegnerinnen und Gegner herangezogen werden, die sich gegen das Dollfuß-Schuschnigg-Regime engagierten. Die „großen“ Prozesse der austrofaschistischen Justiz sind nicht repräsentativ für die Verfolgung der vielen. Während auf große Prozesse, sofern die Anklage nicht generell fallen gelassen wurde, Begnadigungen und Weihnachtsamnestien folgten, wurden alltäglichere Gegnerinnen und

3 Vgl. zur Perspektive des symbolischen Interaktionismus in der Kriminalsoziologie insbesondere die Einleitung von Heinz Steinert, 1973; sowie Goffman, 1983.

4 Doßmann und Regener, 2018, S. 43.

5 Schwerhoff, 2011, S. 67.

6 Vgl. ebd., S. 69.

7 Vgl. Marschalek, 1986a; Marschalek, 1986b.

8 Vgl. Marschalek, 1986a, S. 400.

Gegner des Regimes unter dem Radar der öffentlichen Aufmerksamkeit zu harten Strafen verurteilt, wenn sie nicht – wie Jahoda – international Aufmerksamkeit erregten. Was Wolfgang Neugebauer von der gerichtlichen Aburteilung der Sozialdemokratie nach dem Februar 1934 sagt, gilt für das gesamte Bestehen des austrofaschistischen Regimes:

„Vor die Standgerichte kamen – mit Ausnahme von [Koloman] Wallisch – eher die kleinen Leute, die Kämpfer, während die politisch Verantwortlichen, die ‚Bürgerkriegsgenerale‘, eher glimpflich davonkamen.“⁹

Am Ende des Beitrags soll auf die Akteure in Polizei und Justiz eingegangen werden, um die Arbeitsweisen der Gerichte und der politischen Polizei in Österreich darzustellen. Ein Blick auf Personal und Praxis der austrofaschistischen Ermittler macht die Anleihen insbesondere beim nationalsozialistischen Polizeiapparat Deutschlands und die nationalsozialistische Durchdringung der österreichischen Polizei sichtbar. Ein derartiger Blick zeigt auch, dass die große Parallele nicht unbedingt in den einzelnen Maßnahmen zu suchen ist, sondern generell in einer Politik der vorbeugenden Bekämpfung der politischen Opposition, die als Bürgerkrieg mit anderen Mitteln interpretiert werden kann.

Prolog: Welche Opfer, welche Haft?

Friedrich Otto Keller blieb neben Marie Jahoda der einzige Mitarbeiter der Wirtschaftspsychologischen Forschungsstelle, gegen den die Staatspolizei Anzeige wegen Hochverrats erstattete.¹⁰ Bei einer Hausdurchsuchung in seiner Wohnung hatte man Durchschlagblätter gefunden, die belegen sollten, dass Keller diverse Broschüren und Artikel wie auch ein Manuskript mit dem Titel „Wo stehen wir?“ auf seiner „Oliver“-Schreibmaschine verfasst hatte. Keller wurde am 17. Dezember 1936 festgenommen und wie Marie Schneider und Friedrich Janel, die beide im Institut für Bildstatistik beschäftigt waren, sowie Jahoda erst im Sommer 1937 entlassen. Er floh nach dem Novemberpogrom 1938 aus dem nationalsozialistischen Österreich. Nach mehreren Internierungen in Frankreich war Keller in Spanien und Portugal, wo

⁹ Neugebauer, 2012, S. 303. Vgl. auch Safrian, 1986, S. 275.

¹⁰ WStLA, LGS, A11, Vr 10981/36, Bundespolizeidirektion Wien, 7. März 1937 (Pr.Z.IV-10.636/26/36).

er erneut interniert wurde, und erreichte schließlich England. Dort bestritt er seinen Lebensunterhalt anfangs als Hilfsarbeiter und schließlich als Fabrikinspektor. Am 2. März 1948 wurde er britischer Staatsbürger. Im Sommer 1953 stellte er einen Antrag auf Haftentschädigung nach dem österreichischen *Opferfürsorgegesetz*. Im Bundesgesetz vom 4. Juli 1947 über die „Fürsorge für die Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und die Opfer politischer Verfolgung“ (*Opferfürsorgegesetz*) wurden Renten für Verfolgte des Austrofaschismus und des NS-Regimes und ihre Hinterbliebenen geregelt.¹¹ Wer nach diesem Gesetz anspruchsberechtigt war und eine „Amtsbescheinigung“ oder einen „Opferausweis“ erhielt, erlangte zudem Vergünstigungen in Bezug auf Renten- und Unfallversicherungen und sonstige wirtschaftliche Angelegenheiten und nach mehreren Novellierungen einmalige pauschale „Entschädigungen“ für die Haftzeiten. Ehemalige Inhaftierte wie Keller hatten allerdings sieben Novellierungen dieses Gesetzes abwarten müssen, ehe auf Druck der Alliierten auch jenen Verfolgten Entschädigungen ausgezahlt werden konnten, die keine österreichischen Staatsbürger mehr waren. Wie Tausenden anderen ging es Keller wohl weniger um die ohnehin lapidare Entschädigungssumme, als um die symbolische Anerkennung als Opfer durch die Republik Österreich.

Mit dem Antrag unterzog er sich einer Prozedur, die die Historikerin Brigitte Bailer als von Engherzigkeit und Misstrauen gegenüber den Antragstellenden geprägt beschrieben hat – im Gegensatz zu ehemaligen Nationalsozialisten sei die Re-Integration der Opfer des Nationalsozialismus und der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur eine Integration durch Verschweigen gewesen¹² – „Brosamen für die Opfer des Faschismus in Verbindung mit heftigen Anstrengungen zur Beendigung der Entnazifizierung“¹³ wäre die Devise der Zeit gewesen. Zentraler Teil dieser Prozedur war die Ermittlung der Haftzeiten, die der Antragstellende selbst zu belegen hatte, wobei durch behördliche Ermittlungen alle Angaben penibel überprüft wurden. Konnte er keine Dokumente vorbringen, musste der Antragstellende Zeugen nennen, die von der Behörde vernommen werden mussten – eidesstattliche Erklärungen wurden nicht anerkannt.¹⁴ Keller suchte nun am 6. August 1954 um Entschädigung an.¹⁵ Er gab an, von 5. Dezember 1936 bis Februar 1937 im Polizei-

11 Vgl. Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich (BGBl) 39/1947.

12 Vgl. Bailer, 1993, S. 13 und S. 45.

13 Ebd., S. 66.

14 Vgl. ebd., S. 68f.

15 WStLA, 1.3.2.208, A36, Opferfürsorge (E), OF-Akt Fritz Keller, Antrag vom 6. August 1954.

gefangenenhaus Rossauerlande und von Februar 1937 bis Juni 1937 im Landesgericht Wien I (obwohl keine Anklage erhoben worden war), schließlich von Juni 1937 bis 8. oder 10. Juli 1937 im Polizeigefangenenhaus Hahngasse inhaftiert gewesen zu sein. Am 10. November 1938 sei er noch einmal „2 Tage Pramergasse, dann Schulgebäude Kenyongasse“ inhaftiert gewesen. Wie bei den Erhebungen der Behörde üblich, sollten Polizeidirektion und Landesgericht Wien die Haftzeiten bestätigen können – was sich in Kellers Fall als nicht gerade einfach entpuppte. Keller sei, so bestätigte das Landesgericht, von 10. März bis 31. Mai 1937 in Untersuchungshaft gewesen. Weiteres wisse man nicht. „Als Tag der Verhaftung ist 17. Dezember 1936, 14, 30 Uhr, angegeben, doch sind im Akt nähere Angaben über eine polizeiliche Haft nicht angeführt.“¹⁶ Auch die Polizeidirektion scheint keine genaueren Angaben gefunden zu haben, weitere Details finden sich im Akt jedenfalls nicht mehr. Für Opferfürsorgeakten relativ unüblich, entschloss sich die Magistratsabteilung offenbar zu einer, wie sie meinte, salomonischen Lösung: Handschriftlich notierte der Sachbearbeiter den Aktenvermerk:

„Da der Obg. am 31.5.37 um 16:00 der PolDion Wien übergeben wurde, er aber behauptet bis Juli 37 weiter inhaftiert gewesen zu sein, kann angenommen werden, dass er zumindest am 1.6.1937 noch in Haft war u. wird daher bis Juni 1937 HE [Haftentschädigung] gew.“¹⁷

Im Jänner 1956, über eineinhalb Jahre nach der Antragstellung, teilte man Keller dieses Ermittlungs- und Berechnungsergebnis mit: Man rechne ihm sieben Monate Haft an und zahle ihm den pauschalen Entschädigungsbetrag von 3.018,40 Schilling aus (heute etwa 1.600 Euro).¹⁸ Mit einem zweiten Teil-Bescheid wurde ihm mitgeteilt, dass der Antrag auf Entschädigung für die Haft-Zeit im Juli 1937 und im November 1938 abgewiesen würde, da die Haftzeiten „nicht zweifelsfrei nachgewiesen, bezw. überhaupt nicht erwiesen werden“ konnten. Man habe ihm schon den Monat Juni angerechnet, „obwohl es durch nichts belegt ist“.¹⁹

16 Ebd., Schreiben des Landesgerichts für Strafsachen Wien an die Magistratsabteilung 12, 20. April 1955 (26 Vr 10981/36).

17 Ebd., Aktenvermerk vom 10. Jänner 1956.

18 Ebd., Bescheid vom 16. Jänner 1956 (M.Abt. 12 – K-506/54). Für die Währungs-Umrechnung wurde der Historische Währungsrechner der Österreichischen Nationalbank verwendet, der auf einem Verbraucherpreisindex basiert (vgl. <https://www.eurologisch.at/docroot/waehrungsrechner/>, Aufruf am 13.04.2021).

19 Ebd., Teil-Bescheid vom 16. Jänner 1956 (M.Abt. 12 – K-506/54/A).

Fritz Keller
Alt 26 | E 2 | 180
Landesgericht I.

Wien, 19. 4. 1937.

269

Liebe Fanny! Deine lb. Karte vom 10. d. den
Brief vom 12. ds. erhielt ich am 15. ds. Hoffentlich
hast du indessen auch meinen Brief bekommen.
Meine Gallenschmerzen melden sich immer
weder und es vergeht keine Woche, in der
ich nicht beschwerden hätte. Das ist freilich kein
Wunder, haben wir doch nach der Statistik, die
ich jetzt ein Monat hindurch gefolgt habe,
durchschnittlich jeden zweiten Tag Hülsenerfrüchte!
Ich esse sie zwar ganz gerne, habe ich doch
infolge der Diätvorschriften schon seit Jahre
keine bekommen, aber ich vertrage sie sehr
schlecht. Immerhin hoffe ich, es noch einige
Zeit aushalten zu können, später dann wird
s. muss sich wohl Abhilfe finden lassen.
Viel unangenehmer sind mir momentan,
das heißt, schon seit 6 Wochen meine
Ohrenschmerzen. Hoffentlich werde ich endlich
diese Sache zur eingehenden Untersuchung
gebracht. Ich bin jetzt nur ein halber
Mensch, kann nicht klar denken, da ich
einen ganz benommenen Kopf habe, der
mir schwer in grosser Wasserhülle
zwischen den Schultern sitzt. Und das
Winterbräun anhaltende Ohrenklingen
macht bringt mich völlig nervös. Auch in diesem
Falle zeigen sich oben deutlich gewisse Nerven-
schiede, die hier ebenso wie sonst in der
Welt ~~mit dem Gehirn~~ ~~manchen~~ ~~manchen~~ ~~ohne~~
mit ~~und~~ ~~manchen~~ ~~ohne~~
Geld gemacht werden. Wäre ich ein reicher

**Brief Fritz Keller an Fanny und
Alexander Keller, 19. April 1937.**

Fritz Otto Keller, geboren am 21. Okto-
ber 1898 in Wien, verstorben am 21.
Dezember 1966 in Wien, schickte seiner

Frau Fanny Keller und seinem Sohn Ale-
xander Keller einen Brief aus der Haft –
er schrieb ausführlich über körperliche
Beschwerden, bemühte sich aber dennoch
um einen zuversichtlichen und gegen-

Bankrott, der Zehntausende von Menschen
zu ihrem letzten Sparproblem betrogen hat,
dann hätte man mich schon längst zu
einem Spezialisten geschickt. Aber ein armer
Teufel, und gar ein politischer Häftling,
der kaum zu warten. Und wird er über
dieses Vorgehen etwa erwös, dann umso
schlimmer für ihn. Ähnlich scheint über
diesem Punkt übrigens auch der Rechtsan-
walt zu denken. Ich wundere mich sehr
darüber, dass er sich so gar nicht um
mich kümmert u. sich nicht im kut-
ferntesten bemüht, mir zu meinen primitiv-
sten, in der Hausordnung ausdrücklich vor-
gesehenen Rechten zu verhelfen. Am Donner-
stag müssen wir darüber einmal sprechen.
Und die Arbeits-, die Zeitungs- u. die Bewilligung
für einen jeden Brief in der Woche habe ich
noch nicht. Ich werde morgen ein gutes Mal
darin anstehen.

Aber nun genug von all diesem
unangenehmen Dingen. Das Wetter ist endlich
besser geworden und wenn auch die Schwüle
nach Freiheit, nach Luft, Licht und Welt
bei Sonnenschein natürlich größer ist, als
bei Regen, so ist man doch im allgemeinen
besserer Stimmung. Nicht zu vergessen ist,
dass der tägliche, einstündige Spaziergang
das schönste Ereignis im Tag ist. Die Bäume
im Hof haben schon alle helle, lichtgrüne
Blätter und das Gras sieht so frischgraschen,
so neugeboren aus. Es ist sehr lieblich, wenn
so ein Spaziergang - wie es einigemale vor-
gekommen ist - des Regenswetters wegen
unterbleiben muss. Hoffentlich bleibt es
nun einige Zeit schön.

über seinem Sohn sogar heiteren Ton:
„Und keine Sorge um mich.“ Der Brief
wurde, wie das Gericht notierte, wegen
seines „bedenklichen Inhalts (...) von der
Beförderung ausgeschlossen und zu den

Akten genommen“, erreichte Fanny und
Alexander Keller also nie.

aus: Akt „Strafsache Marie Jahoda-Lazarsfeld“
am Landesgericht für Strafsachen Wien I

Politisch engagiert, am Beispiel Marie Jahoda

Entwicklung einer Weltsicht und Formen von Aktivismus in drei politischen Kulturen

In allen biografischen Texten über Marie Jahoda finden sich mehr oder weniger ausführliche Passagen darüber, dass sie politisch aktiv/engagiert/etc. war. Meist kulminiert die Darstellung im Hinweis auf die Folgen dieses Engagements während der Diktatur des „Ständestaates“, als sie neun Monate lang aus politischen Gründen inhaftiert war. Die detaillierteren biografischen Texte erwähnen auch noch ihr späteres politisches Engagement im englischen Exil mit einigen Sätzen. Nur im *Biographischen Handbuch der deutschsprachigen Emigration*¹ wird sie als „Politikerin, Hochschullehrerin“ bezeichnet, andernorts werden immer die hier schon zitierten Umschreibungen benutzt, um auf verschiedene Elemente ihres Rollensets, auf Facetten ihrer Person und Karriere aufmerksam zu machen. Jahoda war zeitlebens ein geradezu prototypischer *homo politicus*, also jemand, der öffentliche Angelegenheiten als gestaltbar betrachtete und sich in solche Vorhaben mit eigenen Vorschlägen einmischte; doch zum Beruf wurde ihr das nicht, wiewohl mehr als einmal Politik einen prominenten Platz auf ihrer Tagesordnung einnahm.

Im Folgenden werden zwei Ziele verfolgt: Zum einen wird das Leben Jahodas unter dem Gesichtspunkt ihrer politischen Aktivitäten vorgestellt und zum anderen soll in Ansehung der Fülle ihres Engagements die systematische Frage diskutiert werden, was denn mit dem Ausdruck „politisch engagiert“ gemeint sein kann. Grob ist dabei zwischen der Ausbildung einer politischen Weltsicht und den verschiedenen Fähigkeiten zu unterscheiden, die jemanden kennzeichnen, der von anderen als politisch engagiert wahrgenommen wird. Zu ersterem Thema gehören Antworten auf Fragen wie die folgenden: Wie kommt jemand zu einer Sicht, die die Gestaltbarkeit und Veränderbarkeit der sozialen Umwelt einem Fatalismus oder Rückzug

1 Röder und Strauss, 1980, S. 329.

vorzieht? Wie entwickelt eine Heranwachsende eine aktivistische statt einer kontemplativen Haltung gegenüber der sie umgebenden Welt? Was tut eine Person, die sich zu dieser Art öffentlicher Präsenz verpflichtet, angesichts vielleicht sogar drängenderer Aufgaben des eigenen Alltagslebens? In Jahodas Fall also neben der Berufstätigkeit bzw. der materiellen Sicherung des Lebensunterhalts, neben der Fürsorge für die 1930 geborene Tochter Lotte, insbesondere nach der Trennung vom Kindesvater, sowie angesichts all der anderen Neigungen, Wünsche und Pflichten einer jungen Frau im Wien der Zwischenkriegszeit, dann in der fremden, aber freundlichen Welt der walisischen Bergarbeiterfamilien, im London des heranziehenden Krieges und schließlich der Bombennächte, später das Leben im Greenwich Village und die rasch aufeinander folgenden Jobs beim *American Jewish Committee*, dem *Bureau of Applied Social Research*, und schließlich die Professur an der privaten *New York University*, die Jahoda, damals schon jenseits der Mitte ihres Lebens, zugunsten einer neuen privaten Bindung aufgab, und nach England zurückkehrte.² In jedem dieser Lebensabschnitte nahm Jahoda an politischen Aktivitäten teil, die ihr das eine Mal mehr, das andere Mal weniger Gestaltungsraum boten, zu schweigen von Erfolgen, die sich seltener einstellen. Von jemandem zu sagen, dass er oder sie politisch engagiert (gewesen) sei, heißt – und das ist die These, die hier präsentiert und verteidigt werden soll –, dass diese Person neben anderen Aktivitäten, die zum Feld politischen Handelns zählen (wie organisationsbezogene Leistungen), eigene Zeit und Kraft darauf verwendet, die sie umgebende Welt aus einer bestimmten, sich im Laufe der Zeit möglicherweise wandelnden Weltanschauung zu betrachten, die sich daraus ergebenden Urteile über diese Welt anderen mitteilt, sie mit ihnen diskutiert und sie überzeugen will.³

Die praktische Seite, also Fertigkeiten, die im Rahmen politischer Aktivitäten erworben wurden, wird ebenfalls erörtert werden, insbesondere mit Blick darauf, welche dieser Kompetenzen Jahoda gleichsam in ihr späteres berufliches Dasein als Sozialwissenschaftlerin mitgenommen hat.

2 Vgl. Fleck, 2017.

3 Aus der umfangreichen Literatur, die Fragen des politischen Engagements diskutiert, sticht hervor Hirschman, 1988. Die berühmte Abhandlung *Vita Activa oder Vom tätigen Leben* von Hannah Arendt, 1958, wurde von Jahoda kritisch diskutiert, vgl. Arendt, 2020 [1958]; Jahoda, 2019a.

Der Beginn, oder: Warum und zu welchem Ende beginnt eine junge Frau sich politisch zu exponieren?

Die Schulen, die Jahoda besuchte, waren Halbtagsveranstaltungen und als gute Schülerin blieb ihr und ihren Geschwistern genug Zeit, um sich nach Freizeitbetätigungen umzusehen und solche auszuprobieren. Jahoda genoss wohl eine Zeit lang Cello-Unterricht und ziemlich sicher begann sie sehr jung, einen Teil der Freizeit sportlicher Betätigung zu widmen, denn auch das Kopfstehen, das sie noch im hohen Alter beherrschte, bedarf der Schulung und Übung.

Politik war in ihrer Familie weder verpönt noch so fremd, dass sich Maries Eltern und ihre älteren Geschwister an Bekenntnissen eines Unpolitischen delectiert hätten.⁴ Von der Existenz eines Teils der Welt, den man Politik nennt, wird die Heranwachsende schon zu einem Zeitpunkt am sprichwörtlichen Familientisch oder anlässlich von Besuchen Verwandter und von Freunden der Eltern gehört haben, ehe sie noch verstand, was das denn sei. Dass die massiven Entbehrungen, die die Wiener Bevölkerung im Laufe des vierjährigen Ersten Weltkriegs zu ertragen hatte, bei den Jahodas nicht als Naturereignis, göttliche Fügung oder patriotische Pflicht galten, geht aus dem Hinweis Jahodas hervor, wonach ihre Mutter wegen des Krieges und seiner Folgen sich der Sozialdemokratie zuzuwenden begonnen habe.⁵ In ähnlicher Weise radikalisierte sich ja auch der Familienheilige der Jahodas, Karl Kraus, der im Verlaufe des Großen Krieges vom nonchalanten Untertan der Habsburger zum entschiedenen Kritiker der Kriegstreiber und -gewinnler wurde. Die eine oder andere Sentenz des Wutbürgers *avant la lettre* wird Marie wohl vorgelesen bekommen haben, ohne dass sie die im Zentrum stehende ZuhörerIn gewesen wäre. Maries Vater Carl war, in den Augen seiner sich Jahrzehnte später erinnernden Tochter, ein „Salonsozialist“, Abonnent sowohl der *Neuen Freien Presse* als auch der *Arbeiter-Zeitung* und Bewunderer des utopischen Sozialingenieurs Josef Popper-Lynkeus. Man wird den Vater dennoch nicht als politischen Aktivisten bezeichnen wollen, sondern als jemanden, der das Geschehen um ihn herum mit eigenen Augen und Urteilsvermögen wahrnahm, ohne in es stärker einzugreifen als beispielsweise dem Verein Poppers eine Spende zukommen zu lassen.⁶

4 Mann, 1918.

5 Darüber spricht Jahoda bei der Einvernahme durch die Polizei, vgl. die Beiträge von Horst Schreiber und Meinrad Ziegler sowie Andreas Kranebitter in diesem Buch.

6 Vgl. Jahoda, 1979, S. 105.

Das Feld der Politik für sich zu entdecken, war für Jahoda also keine große Sache, sondern entsprach eher dem Muster des sich erweiternden Wahrnehmungshorizonts Adoleszenter. Selbst wenn die eigene Familie der Politik ablehnender gegenübergestanden wäre, hätten allerdings die Lebensumstände und die die Heranwachsende umgebende soziale und kulturelle Welt eine Abstinenz gegenüber der Politik fast unmöglich gemacht. Sogar Schöngesteirer und Egomanen kamen rund um 1918 nicht darum herum, zur Politik Stellung zu beziehen und von politischen Ereignissen herausgefordert zu werden.

Die erste außerfamiliäre Gruppe, der sich Jahoda aus Eigenem anschloss, waren die Pfadfinder. Diese betont politik- und religionsabstinente Bewegung war damals noch ziemlich jung. Gegründet 1907 von einem britischen General, verbreitete sich dieser Typ von Jugendorganisation, der anfangs nur Knaben aufnahm, rasch auch außerhalb des britischen Empire. Erste Gründungen auf dem Gebiet des heutigen Österreich erfolgten noch vor Kriegsbeginn und die Jugendgruppen scheinen durch die Kriegspropaganda gegen alles, was aus den Feindstaaten stammte, nicht zum Aufgeben gezwungen worden zu sein. Als Marie, die alle ihr Nahestehenden lebenslang Mitzi riefen, im Schlepptau ihres vier Jahre älteren Bruders Eduard, „Edi“, einer Wiener Pfadfindergruppe beitrug, war das vielleicht die erste, aber nicht die letzte Kinder- und Jugendgruppe, der sie angehörte. Im Sommer 1919, als sie gemeinsam mit „etwa zweihundert anderen unterernährten Wiener Kindern für sechs Wochen auf ein Schloß in Dänemark geschickt wurde, wo wir uns wieder einmal ordentlich satt essen sollten“, endete ihre Kindheit, schreibt Jahoda in ihrer Autobiografie.⁷ Im Jahr darauf, also als 13-Jährige, nahm sie an einer „Ferienkolonie“ teil, die von Eugenie Schwarzwald und ihrer Entourage am damaligen Hausberg des Wiener Bürgertums, dem Semmering, veranstaltet wurde. Die Idee, Ferien am Lande zu verbringen, passte sich perfekt in die damaligen Vorstellungen über gesundes und wertvolles Leben ein: Die Ideologie der frischen Luft hatte die Widerlegung der Miasma (Krankheiten entstehen durch verunreinigte Luft) als Ursache für Cholera und ähnliche Infektionserkrankungen als kulturelles Residuum überlebt und in Form der Sommerfrische das zahlungsfähige Publikum zu einer Reorganisation der jahreszeitlichen Aktivitäten veranlasst.

⁷ Jahoda, 1997, S. 27.

Fazit

Marie Jahoda lebte nicht nur ein langes und intellektuell produktives Leben, sie betätigte sich auch in sehr unterschiedlichen sozialen Feldern. Als politische Aktivistin einer in den Untergrund gezwungenen früheren Massenpartei erfuhr sie Verfolgung und Inhaftierung, als Vertriebene durchlebte sie die Untiefen erzwungener Untätigkeit im Exil. Ab der Mitte ihres Lebens bewegte sich Jahoda in den ruhigeren Fahrwassern der Wissenschaftlerin, was sie nicht abhielt, politisch heftig umstrittene Themen zum Gegenstand ihrer Arbeit zu wählen. Nach der Rückkehr nach England profilierte Jahoda sich als Sozialpsychologin und Sozialwissenschaftlerin, die weiterhin brisante Fragen behandelte, die aber öffentlich weniger umstritten waren. Wahrscheinlich war sie später im Leben durchaus froh darüber, dass sie nach Kriegsende lange zögerte, nach Österreich zurückzukehren, wo ihr – hätte sie sich anders entschieden – eine weniger stimulierende intellektuelle Umwelt geboten worden wäre und wo ihre politischen und ihre beruflichen Ambitionen wohl eher enttäuscht worden wären.

Im Vergleich mit der Reichhaltigkeit ihres Rollensets ist es schwieriger, den Wandel ihrer politischen Überzeugungen in den Griff zu bekommen. Zweifellos stand sie bis zur Niederschlagung des Aufstandes des Republikanischen Schutzbundes am linken Rand der österreichischen Sozialdemokratie. Wie ihr marxistisches Weltbild im Detail ausgearbeitet gewesen sein mag, lässt sich anhand der Quellen nicht feststellen. In ihren retrospektiven Ausführungen in Interviews und den autobiografischen Texten spricht Jahoda öfters von den Illusionen ihrer Jugend, doch worin diese genau bestanden, bleibt unausgesprochen. Weitaus deutlicher als der Inhalt ihres Weltbildes lassen sich zwei Werthaltungen identifizieren, die Jahoda während ihrer Wiener Jahre erwarb. Da ist zum einen die Ablehnung des marxistischen Dogmatismus, dem die Schönheit der Theorie mehr wert ist als die Wahrheit. Eine Gesellschaftstheorie, die erfahrungswissenschaftlichen Fakten vorgezogen werde, verfocht sie nie. Zweitens erwarb Jahoda schon in jungen Jahren die Einstellung, dass es Intellektuellen nicht zur Zierde gereicht, wenn sie sich gewöhnlichen Menschen überlegen fühlen. In Verfolgung dieser Maxime wird dann verständlich, warum acht Jahre von Jahodas professionellen Lebens nur in der Schreibtischlade dokumentiert blieben und sie auf akademischen Applaus durch Veröffentlichung verzichtete.

In den Jahren der Untergrundarbeit und des Exils in England rückte Jahoda weiter nach links und vertrat wie die Mitglieder ihrer Bezugsgruppe Positionen, die sich als illusorisch herausgestellt haben. Die Hoffnung auf eine Überwindung der einen (austrofaschistischen) oder der anderen (nationalsozialistischen) Diktatur durch den Aufstand der Massen erwies sich als vollständig unrealistisch. Ebenso musste sie zur Kenntnis nehmen, dass nicht nur die österreichischen Kommunisten unlauter und wankelmütig (weil Befehlsempfänger anderer) waren, auch die gesamte Entwicklung, die die Sowjetunion seit der Revolution nahm, verdiente es nicht, dass man dafür Partei nahm. In politischen Fragen blieb Jahoda weit länger als in anderen Denkgewohnheiten einer Linie verhaftet, die sich eigentlich nicht mehr vertreten ließ. Erst die eher zufällige, denn angestrebte Herauslösung aus dem Milieu der Exilsozialisten öffnete ihre politische Weltsicht in Richtung parlamentarischer Demokratie, deren Funktionieren sie dann, während ihrer zweiten Ehe, aus der Nähe verfolgen konnte.